

Der Bürgermeister

**Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit**

**Pressestelle**

Johan Bodnar  
Pressesprecher

Telefon  
(03334) 64 – 512  
Telefax  
(03334) 64 - 519

Hausanschrift  
Breite Straße 41 - 44  
16225 Eberswalde

E-Mail  
pressestelle@eberswalde.de  
(nur für formlose  
Mitteilungen ohne digitale  
Signatur)

Internet  
www.eberswalde.de

## P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. 3/2021 vom 14. Januar 2021

### **„Soziale Gerechtigkeit braucht wohnortsnahe Gerichte“**

Der geplante Abzug des Arbeitsgerichtes aus Eberswalde ist für die Stadtverwaltung weiterhin ein wichtiges Thema. Bürgermeister Friedhelm Boginski hat am 14. Januar 2021 gemeinsam mit Sebastian Walter, Co-Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg.

„Der geplante Abzug des Arbeitsgerichtes aus Eberswalde ist nicht akzeptabel. Nicht nur, dass es im Vorfeld keinerlei Kommunikation seitens der Landesregierung zu dem Thema gab, sondern auch weil sich die Landesregierung damit deutlich von ihrem Koalitionsvertrag verabschiedet. Dort wird klar gesagt, dass der wohnortnahe Zugang zu Gerichten erhalten bleiben wird. Mit dem Abzug des Arbeitsgerichtes aus Eberswalde wird dieses Versprechen der Regierungskoalition klar gebrochen. Soziale Gerechtigkeit braucht wohnortsnahe Gerichte. Ich bin maßlos enttäuscht, so kann man nicht mit den Menschen und den Kommunen in Brandenburg umgehen“, so Bürgermeister Boginski. Auch das geplante Konzept der Gerichtstage wurde hart kritisiert, schließlich sei ein ähnliches Modell in den 1990er Jahren bereits gescheitert und hätte sich als zu kostenintensiv herausgestellt.

Sebastian Walter ergänzte: „Aus meiner eigenen Erfahrung als ehrenamtlicher Arbeitsrichter kann ich nur unterstreichen, dass ein Abzug der Arbeitsgerichtsbarkeit aus Eberswalde und damit aus der Fläche aus gutem Grunde bisher nicht durchgeführt wurde. Nicht nur, weil damit Arbeitnehmerrechte geschliffen werden und die wichtige Präsenz des Rechtsstaats auch im ländlichen Raum darunter erheblich leiden würde, sondern auch, weil es weder fachliche noch finanzielle Notwendigkeiten gibt, den Nordosten Brandenburgs noch weiter strukturell zu schwächen.“

Gemeinsam haben die Vertreter der Eberswalder Politik angekündigt, sich auch weiterhin für den Erhalt des Standortes in Eberswalde einzusetzen oder zumindest die geplante Reform nachhaltig zu verändern. Am 13. Januar 2020 war der Bürgermeister auch zu einem Gespräch mit der zuständigen Ministerin Susanne Hoffmann (CDU), um seinen Standpunkt klar zu machen und Lösungen zu finden.

„In den letzten Jahren wurden kontinuierlich Behörden aus Eberswalde abgezogen. Nach der Reduzierung der Polizei, dem Weggang des staatlichen Schulamtes und dem Landesbetrieb für Straßenwesen muss man festhalten, dass die Landesregierung offenbar den ländlichen Raum zunehmend schwächt. Allein seit 2006 sind rund 30% der Arbeitsplätze des Landes in Eberswalde abgezogen

worden – so viel wie in keiner anderen Kreisstadt in Brandenburg“, so der Bürgermeister.

Sowohl die Stadtverwaltung als auch die kommunale Politik haben angekündigt, die angestrebte schnelle Schaffung von Tatsachen durch die Landesregierung zu verhindern und sich nach allen Möglichkeiten gegen den Rückzug der Gerichtsbarkeit aus dem Barnim zu wehren.